

# AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **Dezember 2010**

## seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

**Das Lied vom Weihnachtsmann und seinen Gaben. Oder: Welche „Gaben“ wünschen wir uns? Und von wem?**

*Morgen kommt der Weihnachtsmann,  
Kommt mit seinen Gaben.  
Trommel, Pflöf und Gewehr,  
Fahn und Säbel und noch mehr,  
Ja ein ganzes Kriegesheer,  
Möcht' ich gerne haben.*

Um 1840 schrieb Hoffmann von Fallersleben diesen Ursprungstext zum Weihnachtslied „Morgen kommt der Weihnachtsmann“. Trugen die alten Weihnachtsmänner eine Pickelhaube? Statt roter Mütze mit weißer Bommel?

Sozialdemokraten haben andere Wünsche als Gewehr und Säbel. Die Freude über solche Gaben mag sich bei uns nicht so recht einstellen. Allenfalls die Trommel könnte willkommenen sein. Bei „Trommel“ denke ich an Oskar. Nicht an „unseren“ Oskar, dessen Nachname mir nicht mehr über die Lippen kommen will. Sondern an den, der so trefflich die Blechtrommel schlug. So ein Trommel-Einsatz wäre doch was, um auf seine Ziele bei der nächste Fraktionssitzung aufmerksam zu machen! Die älteren Leser (meine Generation) mag die Trommel auch an Jethro Tulls „Another Christmas Song“ erinnern. Passt zur Jahreszeit. Und wenn die Luft für die Flöte (oder Pfeife) nicht mehr ausreicht: Ein bisschen Trommeln geht immer noch.

Vor Gewehr und Säbel bewahren wir unsere Kinder. Zumindest auf den Gabentisch kommt so was bei uns nicht. Ein eigenes Kriegsheer zu besitzen, ist dagegen verlockend. Bei der nächsten Mandatsverteilung könnte man dann mit dem Einsatz der eigenen Kavallerie drohen. Das hat Peer Steinbrück schon getan! Aus berechtigtem Anlass. Nein – diesen Gedanken bitte aus dem Protokoll streichen. Wir sind doch Demokraten, oder? WIR überzeugen durch Argumente. Meist.

In unserer aufgeklärten Zeit können wir nicht mehr an den Weihnachtsmann glauben. Auch wenn er einen roten Mantel tragen soll. Macht ihn doch sympathisch, oder? Wir brauchen also Ersatz-Figuren, an die wir unsere Wünsche richten. Wer kommt da in Frage?

Für die Wünsche: Gabriel! Nicht der Erzengel, sondern sein stämmiger Namensvetter auf Erden. Der, der den „heiligen Zorn“ der Opposition über die Regierung entladen soll. An ihn und unsere Funktionäre in Bund und Land hätten wir schon einige Wünsche:

- Die Funktionäre sollten wieder besser funktionieren (können). Im Sinne unserer Partei-Organisation und unserer Mitglieder.
- Sigmar Gabriel (im Bund) und unsere Leute in den Ländern könnten sich daran erinnern, dass es Arbeitsgemeinschaften gibt, deren Sachverstand man nicht teuer einkaufen muss! Dann bleibt auch mehr Geld für mehr hauptamtliche Funktionäre.
- Unsere Partei muss wieder deutlicher für „Aufstieg“ stehen. Wir sind die, die sich für soziale Gerechtigkeit, aber auch entschieden für schulische und beruf-



liche Bildung als Mittel zum Aufstieg einsetzen. Neben dem „Kümmern um die Beladenen“ gilt unser Einsatz den Leistungsträgern von heute und morgen. Das muss nur besser sichtbar werden.

- Milch für die Bedürftigen: Gerne! Aber dazu muss die Kuh gepflegt werden, die die Milch gibt! Vorschläge für eine bessere Haltung von uns „Hochleistungs-Vieh“ hätten wir. Für unser Futter sorgen wir selbst, und geben davon auch „gerne“ etwas in Form von Steuern ab. Aber für die Pflege der Weiden ist der Bauer zuständig. Übersetzt man „Weiden“ mit „Rahmenbedingungen“, dann stimmt der Vergleich. Dafür zuständig ist „Mutti“, die heimliche, sehr heimliche, manchmal unheimliche „Chefin/Moderatorin“ der derzeitigen Bundesregierung. An sie hätten wir auch noch einige Wünsche:

- Politik, gemacht für möglichst alle Bürger. Politik, die sozial ausgewogen ist. Keine Klientel-Politik für die, die sich mit großen Spenden bedanken.

Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke dienen den Energiekonzernen und der Parteikasse. Gut für christ- und freidemokratische Spendenkonten sind auch Steuererleichterungen für Hoteliers, Begünstigung von Pharmakonzernen und der privaten Versicherungswirtschaft, Schutz der Finanzwirtschaft und, und, und ... das Sündenregister ist lang und wird täglich länger. Kritik prallt von der „Teflon-Lady“ bekanntlich ab. Nein, als Ersatz-Weihnachtsmann/-frau taugt Frau Merkel nicht! Auch nicht als Nikolaus. Eher als Knecht Ruprecht. Aber als ungerechter Ruprecht. Einer, der den (in seinem Sinne) braven und (ihm) nützlichen Kindern Schokolade gibt und den armen, ihm nicht so nützlichen Kindern die Rute!

## INHALT

- SEITE 1 / EDITORIAL:  
André Brümmer: „Das Lied vom Weihnachtsmann und seinen Gaben [...]“ .....S. 1
- DIE AGS IM BUND:  
Pressemitteilung: „Aktive Lohnpolitik darf kein Sonntagsgerede bleiben“ .....S. 3  
Verleihung des Innovationspreises 2010 .....S. 3
- DIE AGS IN DEN LÄNDERN:  
Zu Besuch bei der AGS in Niedersachsen .....S. 5  
AGS BaWü: Lars Barteit ist neuer Vorsitzender .....S. 5
- AUS DEN REGIONEN:  
AGS GE: „Existenzsichernde Löhne für Selbständige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Weiterbildungsbranche“ .....S. 5  
Nachruf: Hans Jürgen Grotehusmann .....S. 7
- NETZPOLITIK:  
JMStV: Rettung in letzter Sekunde .....S. 8
- SACHSTANDSBERICHTE:  
Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts .....S. 9  
Vereinbarung zum Luftreinhalteplan .....S. 9  
Kopfnote: Keine „zweite Chance“ .....S. 10
- GASTBEITRAG DER AGS BAWÜ:  
Anreize für ausländische Fachkräfte schaffen .....S. 11
- DEUTSCHER ENGAGEMENTPREIS 2010:  
„BV Insolvenz“ gehört zu den Gewinnern .....S. 12
- REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, IMPRESSUM .....S. 12

Die Grünen beschränken sich weiterhin auf wenige, ihnen wichtige Themen und ernten damit Applaus. Antworten auf viele, aktuell drängende Fragen bleiben sie schuldig. Die FDP hat längst die Rolle abgegeben, die sie einmal glaubwürdig verkörpert hat: Die Rolle als Bewahrerin freiheitlich-liberaler Politik. Und wenn wir schon beim Rundumschlag sind: Bei allem berechtigten Applaus für die neue NRW-Landesregierung gibt es aktuell auch Anlass zu Kritik: Die Streichung der Kopfnote ohne Verpflichtung, sie durch ein „besseres System“ zu ersetzen, ist koalitionsvertragswidrig. Dazu mehr in dieser Ausgabe (s. S. 10).

Nach soviel (un-)heiligem, aber berechtigtem Zorn fällt es schwer, wieder zu mehr Gelassenheit zurückzufinden. Bei der geplanten Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts ist nun doch eine mittelstandsverträgliche Lösung in Sicht (s. S. 9). Auch beim Thema „Fahrerlaubnis für Umweltzonen“ ist in letzter Minute zumindest für Planungssicherheit beim Handwerk gesorgt worden (s. S. 9). Und 2011 wird sowieso alles (noch?) besser! Hoffen wir. Und die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Belassen wir es nicht nur bei der Hoffnung, sondern arbeiten wir weiter an einer besseren Zukunft. In 2010 hat sich die AGS an der politischen Diskussion beteiligt. Schwerpunktmäßig, aber nicht nur, was

die Vertretung der Interessen selbständiger UnternehmerInnen betrifft. Lasst uns weiter zu den für uns relevanten Themen Stellung beziehen! Auch wir sind Lobbyisten für Selbständige aus Handel, Handwerk und den freien Berufen. Aber nicht zum Schaden und auf Kosten Anderer. Wir sind selbständige Sozialdemokraten. Seit Bebel und Lassalle. Auf diese, unsere Tradition sind wir stolz. Aber auch auf unsere politische Arbeit können wir stolz sein. Damit das so bleibt, müssen wir uns im Jahr 2011 anstren-

gen. Und damit wir uns anstrengen können, müssen wir gesund bleiben und uns die Freude an der politischen Arbeit erhalten.

**In diesem Sinne: Frohe Festtage und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2011!**



**André Brümmer**

AGS-Landesvorsitzender NRW

## AGS BUND

### **PRESEMITTEILUNG DER BUNDES-AGS AKTIVE LOHNPOLITIK DARF KEIN SONNTAGSGEREDE BLEIBEN**

**Zu den Warnstreiks in der Entsorgungsbranche und der aktuellen Diskussion um eine aktive Lohnpolitik erklärt der AGS-Bundesvorsitzende Sven Kaerkes:**

Schon seit längerem fordert die AGS, über eine nachhaltige Steigerung der Löhne die Binnennachfrage anzukurbeln. Nachdem auch führende Wirtschaftsforscher mit Blick auf die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen eine Abkehr von der Politik der Lohnzurückhaltung gefordert haben, wird nunmehr auch auf Seiten der Bundesregierung und der Arbeitgeber eine substantielle Lohnerhöhung nicht mehr abgelehnt.

Den Worten des Arbeitgeberpräsidenten Hundt müssen aber nun auch Taten folgen. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber in der Entsorgungsbranche für 2010 eine Nullrunde und für 2011 eine Erhöhung um magere 1 % anbieten, während die Abfallwirtschaft dank stark gestiegener Rohstoffpreise wieder gute Gewinne einfährt. Eine solche Lohnpolitik ist nur Wasser auf die Mühlen der Befürworter einer Rekomunalisierung.

Wenn der DAX aufgrund sprudelnder Unternehmensgewinne wieder zu neuen Höchstständen strebt, dann dürfen die Löhne nicht am Boden bleiben. Die Diskussion um eine aktivere Lohnpolitik darf kein bloßes Sonntagsgerede bleiben. <

### **VERANSTALTUNG IM WILLY-BRANDT-HAUS WIRTSCHAFTSEMPFANG UND VERLEIHUNG DES INNOVATIONSPREISES DER SPD/AGS**

**Am 02.12.2010 fand im Berliner Willy-Brandt-Haus die Verleihung des Innovationspreises der SPD/AGS statt, der in diesem Jahr unter dem Motto „Neue Kreativität und Innovation – Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund“ stand.**

Aus der Einladung: *Der „Casino-Kapitalismus“ an den weltweiten Finanzmärkten war für den schärfsten Einbruch der Weltwirtschaft seit Ende des zweiten Weltkriegs verantwortlich. Die Pleite von Lehmann-Brothers hat die Anfälligkeit des globalisierten Finanzsystems gezeigt. Das Platzen der Immobilienblase in Florida und Kalifornien hat auch die deutschen Banken ins Wanken gebracht. Die Schiefelage der öffentlichen Haushalte in Ländern der europäischen Union erschüttert den EURO als gemeinsame Währung in seinen Grundfesten. Die Antwort einer der größten Exportnationen der Welt kann nicht der Rückfall in einen neuen Nationalismus sein. Die aktuelle Debatte in Deutschland bewegt sich im Spannungsfeld eines sich aufgrund der rapiden Überalterung unserer Gesellschaft für die Zukunft abzeichnenden Mangels an Fachkräften einerseits und einer teilweise rückwärtsgewandten Debatte um die Integration von Zuwanderern. Die SPD versucht in der laufenden Diskussion um ein neues wirtschaftspolitisches Programm Antworten auf diese Herausforderungen zu geben.*

Deutschland wird dabei in der Zukunft darauf angewiesen sein, möglichst viele innovative und kreative Impulse auch von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihre Wurzeln in anderen Ländern haben, zu erhalten. Im Rahmen des Wirtschaftsempfangs erfolgt auch die Verleihung des Innovationspreises der SPD/AGS, mit dem in diesem Jahr UnternehmerInnen oder wirtschaftlich tätige Organisationen gewürdigt werden, die einen besonderen Beitrag zur Selbständigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund geleistet haben.



Die Preisträger: **Atilla Karka** (Birfood GmbH & Co. KG), die **Initiative Selbständiger Immigranten e.V.** (ISI e.V.), **Ender Önder** (ida GmbH) und **Kazim Abaci** (Unternehmer ohne Grenzen e.V.).



Festredner der Veranstaltung war Peer Steinbrück, MdB und Bundesfinanzminister a. D., mit einem Vortrag über „Das Ende des Nationalen – Lehren aus der Finanzkrise“. Rund 300 Gäste waren der Einladung der SPD/AGS trotz widriger Wetterbedingungen nach Berlin gefolgt.

Zuvor fand am selben Ort die Bundesausschusssitzung der AGS statt. Für Nordrhein-Westfalen nahmen Landesvorsitzender André Brümmer (Aachen), Klaus-Peter Duhme (Borken), Ersin Erdal (Duisburg) und Michael Henke (Dortmund) an der Sitzung teil. Zu besichtigen war dabei auch die neue Standausstattung der AGS, bestehend aus einer Stellwand

und einem Counter, die beide durch Beteiligung der AGS-Landesverbände finanziert werden konnte:



AGS-Bundesvorsitzender Sven Kaerkes bei seiner Eröffnungsrede



Rund 300 Gäste waren ins Willy-Brandt-Haus gekommen

## NRW TRIFFT NDS

### AGSNRW UNTERWEGS

#### ZU BESUCH BEI DER KLAUSURTAGUNG DER AGS IN NIEDERSACHSEN

Seit Jahren besteht ein guter Kontakt zur AGS in Niedersachsen. Einer Einladung des Landesvorsitzenden Prof. Dr. Michael Hamann folgend, besuchten André Brümmer und Michael Henke die Klausurtagung, die in diesem Jahr in Wolfsburg stattfand.

Eingeladen waren auch die Mitglieder des AGS-Landesvorstandes und der AGS-Bezirksvorstände in Niedersachsen. „Die soziale Absicherung Selbständiger verbessern!“ war Thema eines Referats von Dr. Karin Schulte-Bischoff von ver.di. Die Gewerkschaft vertritt ca. 30.000 Mitglieder aus dem Medienbereich. Frau Dr. Schulte-Bischoff wies auf oft prekäre Einkommensverhältnisse von Selbständigen hin, durch die häufig Probleme bezüglich der sozialen Absicherung entstehen. Die AGSNRW wird dieses Thema aufnehmen.

Ein zweiter und ebenso informativer Programmteil widmete sich dem Thema „Unterstützung der KMU durch die Kommunen“. Vortragender war Ingo Loof, Geschäftsführer der Braunschweig Zukunft GmbH. Herr Loof regte die Bildung von Ausbildungsverbänden in (städtischen) Technologie-Zentren an und riet zur Einbindung von Wirtschaftssenioren bei der Beratung von Gründer-Unternehmen.

Der letzte Block galt „Kommunalen Investitionen und Vergabepolitik“. Jürgen Thiemann, Vertreter des Niedersächsischen Städtetages, gab Ratschläge zu einer erfolgreicherer Beteiligung kleiner Unternehmen bei der kommunalen Auftragsvergabe. Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften im Handwerk war eine der vorgetragenen Möglichkeiten.

An den Diskussionen beteiligten sich auch die Gäste aus NRW. Ebenso fand ein Meinungsaustausch zu AGS-Bundesthemen und der Arbeit der AGS im Allgemeinen statt. Der Dialog zwischen den Landesverbänden wird fortgesetzt. <

## AGS BA WÜ

### AGS BADEN-WÜRTTEMBERG HAT NEU GEWÄHLT

#### LARS BARTEIT IST NEUER LANDESVORSITZENDER

Der Landesverband der AGS Baden-Württemberg hat einen neuen Vorsitzenden: Rechtsanwalt Lars Barteit aus Eberdingen.



Lars Barteit

Er tritt damit die Nachfolge von Alois Reutlinger an, der die AGS BaWü bisher geführt hat. Lars Barteit ist seit 1990 Mitglied der SPD, seit 1992 in verschiedenen Funktionen aktiv. Seit 2009 ist er Mitglied des Landesvorstandes der AGS Baden-Württemberg, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender. Die AGSNRW gratuliert und wünscht Erfolg und viel Freude an der neuen Aufgabe! <

## AUS DEN REGIONEN

### AGS GELSENKIRCHEN

#### ANTRAG ZUM UB-PARTEITAG: „EXISTENZSICHERNDE LÖHNE FÜR SELBSTÄNDIGE UND SOZIAL- VERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE IN DER WEITERBILDUNGSBRANCHE“

Die SPD Gelsenkirchen beauftragt ihre Landtags- und ihren Bundestagsabgeordneten, in ihren Fraktionen und Parlamenten geeignete Initiativen zu ergreifen,

- damit die Agentur für Arbeit und die Job-Center nach dem SGB II Aufträge nur noch an Bildungsträger vergeben, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einem Einkommen schaffen, das der beruflichen Qualifikation entspricht oder ihr Aus- und Weiterbildungsper-

sonal als Honorarkräfte beschäftigen und das Mindesthonorar zahlen;

- damit berufliche Bildungsträger an selbständige Dozenten ein sozialversicherungspflichtiges Mindesthonorar von 25 Euro je Unterrichtseinheit (45 Min.) bezahlen.

### **Begründung:**

In der Bildungsbranche werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen mehr und mehr durch Honorartätigkeiten ersetzt. Sowohl abhängig Beschäftigte als auch Selbständige werden – bedingt durch das Losverfahren der Agentur für Arbeit bei der Auswahl der Träger nach dem günstigsten Angebot von Maßnahmen – zunehmend niedriger und nicht entsprechend ihrer Qualifikationen entlohnt.

Selbständige in der Weiterbildungsbranche sind kraft Gesetzes dazu verpflichtet, Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung abzuführen, da sie entweder als „unterrichtend“ oder als „arbeitnehmerähnlich“ eingestuft werden. Eine Vielzahl der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Aus- und Weiterbildungsträger zahlt Honorare zwischen 10 € und 20 € je Unterrichtsstunde. Das niedrige Honorar führt dazu, dass die Dozenten ihre Beiträge nicht zahlen können und sich damit strafbar machen. Befinden sie sich in existentieller Not nach den Kriterien des SGB II, könnten sie ALG II beantragen und würden damit wieder die Kasse der Arbeitsagentur und Kommune belasten.

Diese Entwicklung führt – neben einer existentiellen Unsicherheit der selbständigen Dozenten – zu Mindereinnahmen in den Sozialversicherungssystemen.

Darüber hinaus bedeutet das niedrige Einkommen selbständiger Dozenten, dass sie sich keine Ruhe-, Krankheits- und Urlaubsphasen leisten können. Da sie sozial nicht abgesichert sind (kein bezahlter Urlaub, Lohnersatzleistungen ggf. mit Krankentagegeld erst ab dem 22. oder 43. Krankheitstag, oft keine freiwillige Arbeitslosenversicherung), steigt die Gefahr der Erkrankung durch Burning-Out. Weiterhin wird mit solch geringen Honorarsätzen die Altersarmut systematisch in Kauf genommen.

Damit der Staat seinen Fürsorgeverpflichtungen nachkommt, fordern wir, gerade die Agentur für Arbeit solle mit ihren staatlichen Aufgaben dafür sorgen, dass in ihrem Bereich existenzsichernde Honorare und Löhne gezahlt werden, die der beruflichen Qualifikation entsprechen.

Die Zahl der Solo-Selbständigen (Ein-Personen-Unternehmen) nimmt kontinuierlich zu: von den 4,1 Mio. Selbständigen waren laut Mikrozensus 2007 über die Hälfte, rund 2.323.000 Personen solo-selbständig.



Von 2002 bis 2007 stieg die Zahl Solo-Selbständiger um 25 %. Im Vergleich dazu betrug das Wachstum der Gruppe Selbständiger mit Beschäftigten um lediglich 3 %. Rund 14 % der Solo-Selbständigen erzielen ein monatliches Nettoeinkommen von 1.100 €, weitere 24,5 % befinden sich in der Einkommenskategorie von 1.100 € bis 2.000 €. Setzt man analog zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 60 % des Durchschnittseinkommens als Armutsrisikoschwelle, so liegen nach der Höhe der Haushaltsnettoeinkommen rund 30 % der Solo-Selbständigen und ca. 12,5 % der Selbständigen mit Beschäftigten unterhalb dieser Grenze.

Zur Weiterleitung an MdB, MdL, überörtliche AGS-Konferenzen und Parteitage. <

*Dieser Antrag der AGS Gelsenkirchen wurde auf dem dortigen Unterbezirksparteitag am 30.11.2010 angenommen!*

## NACHRUF: HANS JÜRGEN GROTEHUSMANN

**In der Nacht zum 18. Oktober 2010 verstarb, für uns alle unfassbar, unser Genosse Hans Jürgen Grotehusmann im Alter von nur 58 Jahren.**



H.-J. Grotehusmann †

*Hans Jürgen war Gründer und Vorsitzender der Bottroper Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS). Wie kein zweiter war er ein Macher, der die Ärmel aufkrepelt und selbst die Dinge anpackt, statt darauf zu warten, dass es ein anderer tut.*

Mit 56 Jahren hatte Hans Jürgen, aus dem Handwerk kommend, sein Unternehmen, die Service Plus Personaldienstleistungen GmbH, gegründet. Er bewies hiermit Mut und unternehmerisches Geschick. Sein Anspruch war es, als Personalvermittler sozial gerechtes Handeln und erfolgreiches Unternehmertum unter einen Hut zu bringen. Selbstverständlich und aus Überzeugung setzte er sich für soziale Gerechtigkeit wie z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Vor wenigen Wochen erst hatte Hans Jürgen ein weiteres Unternehmen mit dem Schwerpunkt Wellness und Physiotherapie gegründet, seine Tatkraft und Energie schienen unerschöpflich.

Eine Herzensangelegenheit von Hans Jürgen war die Integration von Selbständigen und Arbeitgebern mit Migrationshintergrund. Mit seiner herzlichen, zupackenden Art und unbelastet von kulturellen Vorurteilen ging er auf die Menschen zu. Ein sichtbares Ergebnis hiervon war der Besuch der DITIB Moschee in Duisburg im Februar 2010, ein großer Erfolg auch unter den teilnehmenden Bottroper Bürgerinnen und Bürgern.

Den Gegenbesuch in einer Bottroper Kirche, eine Einladung insbesondere an die Bottroper Mitbürger muslimischen Glaubens, hat Hans Jürgen geplant, zur Durchführung sollte es nicht mehr kommen.

Unternehmer und Sozialdemokrat, das war Hans Jürgen Grotehusmann. Nachdem er im Jahre 2008 als Wirtschafts junior für zwei Tage die Arbeit eines Politikers im Landtag kennengelernt hatte, stand

für ihn fest, dass Wirtschaft und Politik enger miteinander vernetzt werden müssen. Innerhalb eines Jahres versammelte er genügend Mitstreiter um sich, um im Jahr 2009 in Bottrop die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen gründen zu können. Bereits ein halbes Jahr später konnte unter seiner Führung der erste Neujahrsempfang der AGS abgehalten werden, ein großer Erfolg und Auftakt eines erfolgreichen Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft in Bottrop.

Die AGS hat sich in Bottrop erstaunlich schnell etabliert. Sie ist in allen Gremien vertreten und auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. In den Wahlkämpfen konnte sie sich bereits 2009 (Stadtrat, Bezirk, Oberbürgermeisteramt) und 2010 (Landtag) aktiv und mit frischen Ideen einbringen.

In der Bottroper SPD war Hans Jürgen Grotehusmann ein bekanntes Gesicht. Er unterstützte Bottroper SPD-Kandidaten in ihren Wahlkämpfen und setzte sich unermüdlich für eine soziale und demokratische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein. Seine Herzlichkeit und sein zupackendes Wesen werden uns fehlen.

Der Tod von Hans Jürgen Grotehusmann ist für die Bottroper SPD – und insbesondere für die Bottroper AGS – ein herber Verlust. In seinem Sinne soll die Arbeitsgemeinschaft in Zukunft weitergeführt werden.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen, insbesondere seiner Frau und seinen Kindern.

## NETZPOLITIK IN NRW

### JMStV: RETTUNG IN LETZTER SEKUNDE

Von Michael Henke

**Am 15.12. haben SPD und Bündnis90/Grüne im NRW-Landtag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt gegeben, dass sie dem neuen Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) am heutigen Donnerstag nicht zustimmen werden.**

Dem vorausgegangen war eine monatelange Diskussion über ein Thema, das häufig nur fernab aller wirklich wichtigen politischen Fragen verortet wird, auch weil sich die großen (analogen) Medien erst in den letzten Tagen zu einer Berichterstattung haben entschließen können. Ohne hier alle parlamentarischen, rechtlichen und technischen Details chronologisch wiedergeben zu wollen (dazu gibt es einige gut aufbereitete Artikel im Netz, s. Quellen am Ende des Artikels), bleibt festzuhalten:

Das Gezeter um den JMStV ist eines der besten Beispiele und Argumente dafür, dass die SPD das Know-how ihrer Mitglieder früher und besser nutzen sollte, ja: muss, wenn sie nicht auf Dauer jede Reputation (als Volkspartei) verlieren will – und das gilt nicht nur für den Bereich der Netzpolitik.

Sich jedem sachlichen Argument gegen den Staatsvertrag zu verweigern, wider jede Vernunft und Einsicht, und sich stattdessen auf vermeintlich übergeordnete, erschreckend laienhafte oder technisch schlicht unzutreffende Positionen zurückzuziehen – das wirft ein entmutigendes Licht auf die Art und Weise, wie Parteien und Parlamente gelegentlich Politik „verstehen“. Natürlich: Die Welt ist kompliziert, und nicht immer gelingt die Unterscheidung zwischen gut und schlecht und zwischen richtig und falsch. Hier aber sehr wohl: Im vorliegenden Fall des JMStV gab es nicht ein einziges Pro-Argument, das von den Kritikern nicht innerhalb kürzester Zeit widerlegt oder ad absurdum geführt wurde.

Mut macht allerdings, dass es in der SPD viele sehr engagierte, technisch und medienpädagogisch erfahrene, häufig ehrenamtlich tätige „Netzaktivisten“ gibt, die durch eMails, offene Briefe, Telefonate mit MdLs und nicht zuletzt durch eine breite und sachliche Berichterstattung dazu beigetragen haben, diese Novelle im letzten Augenblick zu kippen.

Um nur einige zu nennen: Jens Matheuszik, Henning Tillmann, Daniel Bär, Oliver Zeisberger, Björn Böhning und Lars Klingbeil.

#### Wie geht es weiter?

Nach der Ablehnung der Novelle gilt der bisherige JMStV auch über den 01.01.2011 hinaus – was im Sinne des Jugendschutzes zumindest keine Verschlechterung bedeutet. Rot-Grün in NRW hat aber bereits angekündigt, schon zu Beginn des nächsten Jahres eine – dann hoffentlich breit(er) angelegte – Diskussion zu starten, um die erkannten Schwachstellen, Irrtümer und Fehleinschätzungen der Novelle zu korrigieren. Es ist zu hoffen, dass das bisherige Prinzip des „Filterns und Aussperrens“ durch ein praktisches und wirkungsvolles Verfahren ersetzt wird, das zudem ohne „Kollateralschäden“ daherkommt.

Kurt Beck, in dessen rheinland-pfälzischer Staatskanzlei dieser Staatsvertrag ursprünglich entstand, reagierte pikiert und drohte sogleich: „*Wenn die Novellierung scheitert, wird der Weg der koregulierten Selbstregulierung nicht weiter beschritten, so dass die staatliche Regulierung von oben Platz greifen wird. Basierend auf den derzeitigen rechtlichen Grundlagen werden die Jugendschutzbehörden Sperrverfügungen erlassen.*“ – kaum vorstellbar, dass er nach dieser finalen Disqualifizierung weiterhin Gehör finden wird. Es ist dringend zu empfehlen, dass Rot-Grün in NRW für die anstehenden Beratungen genau diejenigen aus den eigenen Reihen an den Tisch bittet, die mit fundiertem Know-how dafür gesorgt haben, diese netzpolitische (und im Sinne des SPD-Marketings auch mediale) Katastrophe abzuwenden. Und von ihnen lernt. <

#### Quellen:

- 05.09.: [Mail an SPD-Landtagsabgeordnete in NRW](#)
- 29.10.: [Behauptungen & Fakten zum JMStV-Entwurf](#)
- 24.11.: [PM „Über 50 namhafte Unterzeichner kritisieren neue Jugendschutz-Regeln im Internet“](#)
- 30.11.: [JMStV: Neues aus NRW: Weitere Mail an SPD-Fraktion](#)
- 15.12.: [Das deutsche Internet ist gerettet – Ein Erfahrungsbericht zum JMStV](#)
- [Themensammlung „JMStV“ bei www.pottblog.de](#)

## AGSNRW: SACHSTANDSBERICHTE

### EINIGUNG ÜBER ÄNDERUNG DES GEMEINDEWIRTSCHAFTSRECHTS

**Die AGSNRW hat sich beharrlich für eine Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts eingesetzt, welche die Interessen vom Handwerk und Stadtwerken berücksichtigt.**

(s. auch: „Statt Privat vor Staat nun Staat vor Privat“, AGS:NACHRICHTEN Ausgabe 11/2010, S. 3, 242 kB)

#### Eine Lösung des Problems ist nun in Sicht:

In einer Vereinbarung von VKU (Verband kommunaler Unternehmen) und NWHT (Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag) hat man sich auf einen Formulierungsvorschlag geeinigt, der von den Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen im Landtag eingebracht wird:

➤ [Download der PDF-Datei](#)

Dazu MdL Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und MdL Marc Herter, stellv. Landesvorsitzender der NRWSPD:

„Ziel des Antrages von SPD und Bündnis90 / Die Grünen ist u.a. die Herstellung fairer Wettbewerbsverhältnisse für die Stadtwerke auf dem Energiewirtschaftsmarkt auf Basis eines guten Einvernehmens mit Mittelstand und Handwerk. Nachdem in der Anhörung deutliche Sorgen hinsichtlich einer Konkurrenz der Stadtwerke und dem örtlichen Handwerk geäußert wurden, liegt zwischenzeitlich eine pragmatische Verständigung zwischen dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und dem Nordrhein-Westfälischen Handwerkstag (NWHT) vor.“

Der Antrag wurde im Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von SPD, Bündnis90 / Die Grünen und den Vertretern der Fraktion Die Linke beschlossen. ◀

➤ **siehe auch:** „CDU und FDP sprachlos: Nicht-Beteiligung wird zum Politikprinzip von CDU und FDP“ auf Seite 10.

### LUFTREINHALTEPLAN: HANDWERK KANN PFERD UND WAGEN ABBESTELLEN!

**Ein Thema, das die mittelständische Wirtschaft beschäftigt hat, ist das Auslaufen der Sondergenehmigungen zum Befahren von Umweltzonen zum 31.12.2010.**

(s. auch: „Mit Pferd und Wagen in die Innenstadt?“, AGS:NACHRICHTEN Ausgabe 11/2010, S. 4, 242 kB)

In (fast) letzter Minute konnte nun eine Lösung gefunden werden. Dazu MdL Andre Stinka, umweltpolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion:

„Nach einem Experten-Gespräch am 8.12.2010 sind wir auf dem Weg zu einer mittelstandsfreundlichen Fuhrpark-Lösung. Das Handwerk wird nun die dringend notwendige Planungssicherheit erhalten.“

Andre Stinka betonte, dass bei der geplanten mittelstandsfreundlichen Lösung die Staatssekretäre von Umwelt- und Wirtschaftsministerium eng zusammenarbeiten sollen.

In der NRWSPD klappt die Zusammenarbeit von Umwelt- und Wirtschaftspolitikern schon lange. So begrüßt Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und dem Westdeutschen Handwerkskammertag NRW, der Dachorganisation der Handwerkskammern in Nordrhein-Westfalen. Dabei wurden Eckpunkte für die Luftreinhaltung, Umweltzonen und Verlängerung der Ausnahmeregelung für Handwerkerparkausweise festgelegt:

„Das ist ein gutes Ergebnis für die Luftreinhaltung und ein Beispiel für die Dialogkultur in Nordrhein-Westfalen. Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze. Gesundheitsschutz, die Verbesserung der Luftqualität und die Erreichbarkeit von Kunden für das Handwerk lassen sich bei gutem Willen miteinander vereinbaren.“, so der Bochumer Abgeordnete.

Weiter führt er fort, dass es sich ausgezahlt hat, „dass das Handwerk in Nordrhein-Westfalen sich mit eigenen, konstruktiven Vorschlägen in den Dialog eingebracht hat.“ Damit wurde eine Grundlage geschaffen, „weiter gemeinsam an guten Lösungen für Gesundheit und Luftreinhaltung zu arbeiten, ohne dabei Wirtschaft und Handwerk über die Maßen einzuschränken.“

Abschließend stellt Eiskirch fest, dass die Vereinbarung (siehe [www.handwerk-nrw.de](http://www.handwerk-nrw.de)) exemplarisch für das ehrliche und transparente Regierungshandeln der neuen rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft steht.

Die AGSNRW dankt Thomas Eiskirch und Andre Stinka für ihren Einsatz. Dank gilt auch den Verbandsvertretern des Handwerks, die sehr konstruktiv an der Lösung mitgewirkt haben. André Brümmer, AGS-Landesvorsitzender: „Es lohnt sich, wenn Handwerk, AGS und SPD zusammenarbeiten.“

## KOPFNOTEN: KEINE „ZWEITE CHANCE“ FÜR SCHÜLER/INNEN?

**Die quasi ersatzlose Streichung der Kopfnote sorgt weiter für Unverständnis bei Ausbildungsbetrieben. Die AGS hatte sich wiederholt für eine Sozialbewertung von Schüler/innen eingesetzt, um BewerberInnen mit schlechten Fachnoten eine zweite Chance auf einen Ausbildungsplatz zu verschaffen.**

(s. auch: „Ersatz oder ersatzlose Streichung?“, [AGS:NACHRICHTEN Ausgabe 11/2010](#), S. 5, 242 kB)

Auch im [Deutschen Handwerksblatt vom 9.12.2010](#) wird auf die Bedeutung von Arbeits- und Sozialverhalten hingewiesen. Es geht der AGSNRW dabei nicht um die Beibehaltung von Kopfnoten in ihrer jetzigen Form, wie sie von wenigen Wirtschaftsverbänden gefordert werden. Uns ist auch klar, dass eine nach festgelegten Kriterien verfasste Bewertung (ggf. nur für das Bewerbungszeugnis) für LehrerInnen eine erhöhte Arbeitsbelastung bedeutet. Jenen sollte aber klar sein, dass es um die Zukunft der Ihnen anvertrauten jungen Leute geht. Sie verdienen eine zweite Chance in Form von verbindlichen Arbeits- und Sozialbewertungen. Für sie muss man jede Möglichkeit nutzen, sie nicht zurückzulassen.

Die AGSNRW fordert daher weiterhin einen Ersatz von Kopfnoten durch Beurteilungen nach einem landesweit vergleichbaren, verbindlichen Kriterienkatalog!

**Update:** Am 15.12. fand die entscheidende Lesung über die Änderung des Schulgesetzes statt. Die Regierungskoalition streicht die Kopfnote faktisch ersatzlos. § 49/2 sagt, Versetzungskonferenzen (Lehrer!) können entscheiden über die Aufnahme von:

- Aussagen über Arbeits- und Sozialverhalten
- weitere(n) Bemerkungen über besondere Leistungen und besonderen persönlichen Einsatz im außerunterrichtlichen Bereich.
- Würdigung von außerschulische(n) ehrenamtliche(n) Tätigkeiten (auf Wunsch des/der SchülerIn)

Außerdem „überlässt“ die Politik den Schulkonferenzen die Arbeit, Grundsätze zur jeweils beschlossenen Handhabung zu entwickeln.

**Fazit:** Für Ausbildungsbetriebe entfällt faktisch ein zusätzliches Kriterium bei Bewerbungen! Ehrenamtliches Engagement und gutes Arbeits- und Sozialverhalten hilft jungen Leuten nicht mehr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz! Die zweite Chance: Gestrichen!

## CDU UND FDP SPRACHLOS

### NICHT-BETEILIGUNG WIRD ZUM POLITIK-PRINZIP VON CDU UND FDP

**Zur Diskussion im Wirtschaftsausschuss des Landtages über die Reform des Gemeindefachbereichsrechts erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Thomas Eiskirch und der kommunalpolitische Sprecher, Marc Herter:**

„Erneut haben sich CDU und FDP geweigert, sich an einer parlamentarischen Abstimmung zu beteiligen. CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen verbergen ihre inhaltliche Konzeptionslosigkeit und Zerstrittenheit hinter herbeigeholten Verfahrensfragen. Nicht einmal über die Schlussfolgerungen aus der Expertenanhörung zur Weiterentwicklung des Gesetzentwurfes zum Gemeindefachbereichsrecht wollten CDU und FDP im Wirtschaftsausschuss diskutieren.“

## GASTBEITRAG DER AGS BADEN-WÜRTTEMBERG

### **ANREIZE FÜR AUSLÄNDISCHE FACHKRÄFTE SCHAFFEN SPD-MITTELSTANDSVEREINIGUNG FORDERT INTEGRATIONSDEBATTE**

**„Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte muss Baden-Württemberg für Menschen aus anderen Ländern wieder attraktiver werden“, betonte Lars Barteit, der neugewählte Landesvorsitzende der SPD-Mittelstandsvereinigung. Der 36-jährige Rechtsanwalt aus Eberdingen wurde auf der diesjährigen Landeskonferenz in Heilbronn an die Spitze der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen der SPD Baden-Württemberg (AGS) gewählt.**

**Ralph Weinbrecht (Enzkreis), Alois Reutlinger (Zollernalb), Ortrun Bäumlein (Ulm) und Dr. Carsten Lotz (Tübingen) setzten sich als stellvertretende Landesvorsitzende durch. Neben den Wahlen stand das Thema „Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft“ im Mittelpunkt der Beratungen.**

„Schon bis 2020 tut sich eine eklatante Lücke an qualifizierten Fachkräften auf, die wir zur Sicherung unseres derzeitigen Wachstums- und Wohlstandsniveaus bräuchten“, führte Barteit aus. „Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist Bildung und Ausbildung im Rahmen einer landespolitischen Initiative stärker als bisher zu fördern.“ Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse deutlicher in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gesetzt werden, so Barteit.

Daneben sei es von zentraler Bedeutung, die Debatte um Einwanderung und Integration ehrlich und zukunftsgerichtet zu führen. „Deutschland gehört zu jenen Ländern, die die höchste Zuwanderung brauchen, um den Bestand der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter konstant zu halten“, betonte Barteit.

„Dennoch tun wir uns mit dem Thema Zuwanderung traditionell schwer. Dies zeigt sich deutlich an jenen, die schon hier sind. Es gelingt uns bislang nicht, ihre Kinder über eine qualifizierte Bildungsbeteiligung zu integrieren.“

Dabei gelte es, die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance zu begreifen, so Barteit weiter. „In einer globalisierten Welt eröffnen Mehrsprachlichkeit und das Verständnis für kultureller Zusammenhänge Marktchancen gerade auch für kleinere und mittelständische Unternehmen.“ Neben der gezielten Förderung von Fremdsprachen und Austauschprogrammen sei die Sicherstellung der Beherrschung der deutschen Sprache für den Zusammenhalt in der Gesellschaft essentiell.

Dies unterstrich auch der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel bei seinem Impulsreferat: Um die Sprachbarriere abzubauen, seien insbesondere Partnerschaften mit Schulen und Hochschulen notwendig. Hierbei müsse auch auf den Erhalt der Goethe-Institute geachtet werden, die eine wichtige Funktion bei der Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur erfüllen. „Ohne Anwerbung von ausländischen Fachkräften wird man nicht auskommen. Wir sind ein Einwanderungsland“, betonte Claus Schmiedel. Dies müsse auch durch eine Vereinfachung der Regelungen für den Erhalt von Arbeitserlaubnissen zum Ausdruck kommen.

Noch deutlicher stellte die SPD-Mittelstandsvereinigung in ihrem Leit Antrag die Notwendigkeit einer erleichterten Zuwanderung für qualifizierte Fachkräfte dar: Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte ist Deutschland aufgrund starrer Vorschriften für dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen und einer rückwärtsgewandten Zuwanderungsdebatte der internationalen Konkurrenz hoffnungslos unterlegen. „Wenn wir ein ernst zu nehmender Mitbewerber um hochqualifizierte ausländische Fachkräfte werden wollen, dann müssen wir die rechtlichen Hürden des Zugangs modifizieren und dürfen uns einer ehrlichen, gesellschaftlichen Debatte über Zuwanderung und Integration nicht weiter verschließen“, forderte der AGS-Landesvorsitzende Barteit.

Dazu gehöre auch, das Verständnis in der Gesellschaft zu fördern, dass Baden-Württemberg wieder

attraktiver für ausländische Fachkräfte wird. „Oft wird unterstellt, dass wir überrannt werden, wenn wir die Voraussetzungen für eine Einwanderung abschwächen“, so Barteit. „Fakt ist aber, dass wir für den Standort Baden-Württemberg noch mehr tun müssen als bisher: Hierzu gehört neben der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch ein stärkerer Austausch zwischen Bildungseinrichtungen und den Betrieben.“

Das örtliche Handwerk und Mittelstand müssen wieder in den Fokus der Wirtschaftspolitik des Landes gestellt werden, betont auch Peter Friedrich, Generalsekretär der baden-württembergischen SPD. „Die Landespolitik ist einseitig auf große Unternehmen ausgerichtet. Dies wollen wir ändern.“ Die SPD habe diesbezüglich bereits Initiativen zur Unternehmensfinanzierung und zur Änderung der Vergabepraxis für örtliche Betriebe auf den Weg gebracht. „Die örtliche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte zu unterstützen und den Ausbau der Infrastruktur weiter voranzubringen, ist ein vordringliches Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.“



## **DEUTSCHER ENGAGEMENTPREIS 2010: „BV INSOLVENZ“ GEWINNT IN DER KATEGORIE „DRITTER SEKTOR“**

**Der „BV Inso“ gewann Anfang Dezember einen Preis der Initiative „Geben gibt. Bündnis für Engagement“, die von zahlreichen Prominenten unterstützt wird.**

Bereits in unserer **April 2010-Ausgabe** haben wir den „BV Inso“ im Rahmen eines ausführlichen Interviews vorgestellt. Einige der dort genannten Forderungen an Politik, Kammern und Verbände flossen in unseren Antrag zum Thema Insolvenz ein, der auf der letzten AGS-Bundeskonferenz im August 2010 beschlossen wurde. Die Erstellung des von der AGSNRW angeregten Leitfadens, der Betroffenen erste konkrete Tipps geben und Anlaufstellen nennen wird, beginnt in Kürze.

**> [Zu den Preisträgern](#)**

## **AGS:NACHRICHTEN – VORANKÜNDIGUNG: INHALTE DER JANUAR-AUSGABE**

Am 1. Dezember 2010 fand das 4. Röpke-Symposium des NWHT in Düsseldorf statt. Zum Thema *Eigentümerversantwortung in der sozialen Marktwirtschaft* äußerten sich hochkarätige Wissenschaftler. Die AGS war zum wiederholten Mal Gast dieser beeindruckenden Veranstaltungsreihe. Da das Thema *Unternehmer und Verantwortung* auch für uns als AGS große Bedeutung hat, werden wir in der Januar-Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN ausführlich berichten.

Das *Weiterbildungsprogramm 2011* der Handwerkskammer Düsseldorf liegt vor. Das Thema *Berufliche Bildung* und das entsprechende Angebot der Handwerkskammern wird uns in unserer nächsten Ausgabe ebenfalls beschäftigen.



Bis zur nächsten Ausgabe

**André Brümmer**

AGS-Landesvorsitzender NRW

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe der  
AGS:NACHRICHTEN ist der 21.01.2011.

## **TERMINE**

**Freitag, 17. Dezember 2010, 19:30 Uhr**

**AGS Bochum**

AGS-Treffen auf dem Bochumer Weihnachtsmarkt

**Donnerstag, 13. Januar 2011, 20:00 Uhr**

**Unternehmerstammtisch der AGS Bottrop**

„The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

**Sonntag, 23. Januar 2011, 11.00 Uhr**

**Neujahrsempfang der AGS Bottrop**

Gäste sind u.a. der Bottroper OB Bernd Tischler sowie Prof. Gerd Bittner von der Hochschule Ruhr-West. Bitte vorab anmelden bei Susanne Brefort (stv. AGS-Vorsitzende in Bottrop): Tel. 02041/702765 oder eMail [susanne@brefort.de](mailto:susanne@brefort.de).

„The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

**Aktuelle Veranstaltungshinweise finden sich unter:**

**> [www.ags-in-nrw.de/termine.htm](http://www.ags-in-nrw.de/termine.htm)**

